

Antrag A01-A10 (Sammlung)



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

zur 10. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller:

Landesvorstand (auf Basis der Ergebnisse der
Grundsatzprogrammkommission der MIT NRW)

Änderungsanträge zum Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands

1

2 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen wird gegenüber dem
3 Bundesverband der MIT folgende Änderungen am Grundsatzprogramm der CDU vorschlagen:

4

5 **A 01**

6

7 284 27. Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen
8 285 Union befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und
9 286 Zukunft zu bewältigen. **[zusätzl. Text]** Politik kann gerade in Zeiten des Umbruchs
10 287 Rahmenbedingungen schaffen, die in Gesellschaft und Staat Kräfte
11 288 zur Beantwortung drängender Fragen freisetzen. Unsere Politik für
12 289 Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die Jedem Freiheit sichert
13 290 und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.

14

15 zusätzlicher Text in 286:

16

17 Die CDU-Deutschlands stellt sich neuen Herausforderungen im Wissen um den Wert des
18 zu Bewahrenden. Die CDU ist in diesem Sinne die einzige konservative Partei in
19 Deutschland. Ausgehend von der Bewahrung der Schöpfung in Bindung an die
20 fundamentalen moralischen Werte unserer Gesellschaft erneuern wir das Land dort, wo
21 Erneuerung Verbesserung bedeutet.

22

A 02

440 40. Neue technologische Entwicklungen führen den Menschen an
 441 ethische Grenzen. So tragen biomedizinische und gentechnische
 442 Forschung wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung
 443 von Leid bei. Sie bergen aber zugleich Risiken: ~~Wenn sich gren-~~
 444 ~~zenloser Erkenntnisdrang und gewissenlose Vermarktung verbin-~~
 445 ~~den, sind Schöpfung und Menschenwürde in Gefahr.~~ Auch die Frei-
 446 heit der Forschung hat die Unantastbarkeit der Würde des Men-
 447 schen zu achten.

Statt des durchgestrichenen neu:

„Die Forschung muss sich dabei der Achtung vor der Schöpfung und der Wahrung der Menschenwürde bewusst sein.“

A 03

1415 139. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat mit
 1416 Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit
 1417 gegen vielfache Widerstände durchgesetzt und die Bundesrepublik
 1418 Deutschland mit ihr erfolgreich gemacht. ~~Die CDU lehnt kollektivistische Ansätze genau so ab wie einen Liberalismus, der allein auf~~
 1419 ~~den Markt setzt und aus sich heraus keine Lösung der sozialen Fra-~~
 1420 ~~gen unserer Zeit findet.~~ **[neuer Text]** Die Soziale Marktwirtschaft bleibt auch im
 1422 wiedervereinigten Deutschland und im Zeitalter der Globalisierung
 1423 unser Leitbild.

Zusätzlich neuer Text in 1418 – 1421:

Die CDU lehnt sozialistische und andere Spielarten des Kollektivismus ab. Auch ein "Manchester-Kapitalismus", der allein auf den Markt setzt, ist keine Antwort auf die Lösung der sozialen Fragen unserer Zeit. Wie sehr wir liberalem und sozialem Denken verbunden sind, zeigt die Selbstverständlichkeit, mit der wir die verfassungsrechtliche Gewährung von Grundrechten, die Sicherung des Rechtsstaates, die Sozialstaatsgarantie oder die Gemeinwohlbindung gesellschaftlicher Macht als unverzichtbare Teile unserer Wertordnung betrachten.

A 04

1626 3. Wirtschaft und Arbeit

1627 160. Viele Menschen haben in den letzten Jahrzehnten Vertrauen in
1628 die Soziale Marktwirtschaft verloren. Es entstand der Eindruck, dass
1629 sie zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme – allen
1630 voran die hohe Arbeitslosigkeit – nicht lösen kann. Nicht jedoch die
1631 Soziale Marktwirtschaft steht der Lösung dieser Probleme im Wege,
1632 sondern die oftmalige Verletzung ihrer Grundprinzipien. Durch die
1633 Globalisierung werden die Versäumnisse besonders deutlich.

Zusätzlicher Text nach Zeile 1633:

„ Insbesondere werden die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft zunehmend durch eine wachsende Bürokratie gefährdet. Deshalb setzen wir uns für einen effizienten Bürokratieabbau ein, den wir unter Anwendung einer strengen Kosten/Nutzenbetrachtung bestehender und zukünftiger Gesetze erreichen wollen. Maßnahmen zum

Bürokratieabbau, wie Normenkontrollräte und Mittelstands- Entlastungsgesetze dürfen nicht durch den Erlass einschlägiger Verwaltungsvorschriften konterkariert werden.“

A 05

~~1775 174. Die CDU will den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher am~~
~~1776 Erfolg und am Kapital der Unternehmen beteiligen. Dies eröffnet~~
~~1777 den Beschäftigten zusätzliche Einkommensquellen und schafft~~
~~1778 mehr Gerechtigkeit.~~

Zeile 1775: **Neuer erster Satz:**

„ Die gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der CDU in Dresden auf dem Bundesparteitag beschlossene soziale Kapitalpartnerschaft auf freiwilliger Basis will den einzelnen Arbeitnehmer stärker am Gewinn und am Kapital seines Unternehmens beteiligen.“

A 06

1800 178. Wir wollen in Deutschland keinen Wettbewerb um die niedrigen
1801 ten Löhne. Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn
1802 deutlich unterschreiten, müssen deshalb verboten sein.

Zusätzlich folgender Text in 1802:

„Bundeseinheitlich festgelegte gesetzliche Mindestlöhne lehnen wir ab, weil Sie Arbeitsplätze vor allem auch von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefährden“

104

105 **A 07**

106

107 ¹⁹⁹⁴ **Unfallversicherung**

108 ¹⁹⁹⁵ 204. Die gesetzliche Unfallversicherung übernimmt bei

109 ¹⁹⁹⁶ Arbeitssicherheit, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz des

110 ¹⁹⁹⁷ Arbeitnehmers eine wichtige Rolle. Sie ist eine wesentliche Stütze

111 ¹⁹⁹⁸ von Prävention und Rehabilitation. Die selbstverwaltete gesetzliche

112 ¹⁹⁹⁹ Unfallversicherung muss sich künftig in ihren größeren Verantwor-

113 ²⁰⁰⁰ tungsgemeinschaften noch stärker an wirtschaftlichen Kriterien

114 ²⁰⁰¹ messen lassen.

115

116 Zusätzlich folgender Text in 2001:

117

118 „Wir wollen die gesetzliche Unfallversicherung zukunftssicher machen. Daher streben wir

119 mehr Wettbewerb an. Wir wollen mittelfristig die Pflichtversicherung bei einem

120 bestimmten öffentlichen Unfallversicherer durch eine Versicherungspflicht ablösen, bei

121 der man ganz oder für Teilrisiken unter den verschiedenen öffentlichen Unfallversicherern

122 aber auch unter privaten Anbietern wählen kann.

123 Darüber hinaus soll die gesetzliche Unfallversicherung auf ihre Kernaufgaben

124 zurückgeführt werden.“

125

126 **A 08**

127

128 ²⁰⁹⁰ 214. Wir wollen den Ländern mehr finanzielle Eigenverantwortung

129 ²⁰⁹¹ ermöglichen und dafür entsprechende Voraussetzungen im Steuer-

130 ²⁰⁹² recht schaffen. **[weiterer Satz]** Länder, die die Verschuldungsgrenzen der Verfas-

²⁰⁹³ sung und ihren Beitrag zum Erreichen der Maastricht-Kriterien nicht
²⁰⁹⁴ einhalten, müssen sich künftig einem Sanierungsprogramm unter-
²⁰⁹⁵ werfen.

Zusätzlich folgender Text in ²⁰⁹²:

Die Länder erhalten die grundgesetzlich abgesicherte Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaftssteuer.

A 09

²¹²³ 218. Eine zukunftsweisende Unternehmensbesteuerung muss von
²¹²⁴ dem Grundsatz ausgehen, dass Unternehmen in erster Linie Wirt-
²¹²⁵ schafts- und nicht Steuersubjekte sind. Sie muss die Steuerlast so
²¹²⁶ gestalten, dass es sich lohnt, in unserem Land Betriebe zu gründen,
²¹²⁷ Arbeitsplätze zu schaffen und in Forschung und Entwicklung zu
²¹²⁸ investieren. Steuerpolitik ist auch Innovationspolitik. Sie muss
²¹²⁹ Wettbewerbsneutralität gewährleisten, einfach und überschaubar
²¹³⁰ sein und ~~der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens gerecht~~
²¹³¹ ~~werden~~. Dabei müssen wir uns auf die zunehmende weltweite Ver-
²¹³² netzung der Volkswirtschaften einstellen.

Statt des durchgestrichenen neu:

„rechtsformenneutral sein.“

158 **A 10**

159

160 ²⁵⁸⁴ 276. Wir bekennen uns in der Präambel des Grundgesetzes zur Ver-

161 ²⁵⁸⁵ antwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht

162 ²⁵⁸⁶ auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie [**zusätzl. Text**] haben unser Land

163 ²⁵⁸⁷ und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein

164 ²⁵⁸⁸ zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verste-

165 ²⁵⁸⁹ hen wir als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christ-

166 ²⁵⁹⁰ liche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie

167 ²⁵⁹¹ sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und

168 ²⁵⁹² Feiertage.

169

170 Zusätzlicher Text in ²⁵⁸⁶

171

172 „Diese Werte und die christlichen Kirchen“

173